

# Informationsvorlage



**Vorlage Nr.:** 16-0614/6  
erstellt am: 10.08.2007

Abteilung: Regionalpolitik und Raumordnung  
Verfasser/in: Reiner Rößler  
Aktenzeichen: L-3/2 rö/ka

**Aufstellung des Regionalplans Südhessen (RPS Entwurf 2007) und des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP Vorentwurf 2007) sowie Aufstellung des Einheitlichen Regionalplans Region Rhein-Neckar 2020; hier: Stellungnahme des Kreises Bergstraße - Hinweise und Anregungen in der Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur am 30. Juli 2007 einschließlich Stellungnahmen der beteiligten Stellen und Fachbehörden hierzu**

## Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur	21.08.2007	Ö	Kenntnisnahme

## Erläuterung:

Zu den in der Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur am 30. Juli 2007 eingebrachten Hinweisen und Anregungen haben die beteiligten Stellen und Fachabteilungen folgende Stellungnahmen abgegeben:

- **Siedlungsgebiete (3.4)**

Stellungnahme der Fachabteilung Regionalpolitik und Raumordnung

Zu der Anregung aus den Kommunen mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Siedlungsflächen einzuräumen wurde der Verband Region Rhein Neckar um eine Stellungnahme gebeten. Diese Stellungnahme liegt zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage noch nicht vor.

Nach dem Prinzip der planungsrechtlichen Festlegung von Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen sind Konfliktstellungen der einzelnen Fachebenen und Fachbelange festzustellen. So würde z. B. die Ausweisung einer Siedlungsfläche in den Vorrangflächen für die Landwirtschaft entgegenstehen und eine Zielabweichung darstellen. Insoweit wird von einer Vielzahl von Gemeinden ein „Planungskorridor“ um den Siedlungsbestand angeregt. Dieser Planungskorridor hätte den Vorteil, dass den Kommunen mehr Planungsspielraum bei der Auswahl von Siedlungsentwicklungsflächen eingeräumt würde. Soweit diese geforderte Flexibilität das Planungsrecht und die regionalplanerischen Erfordernisse zulassen, wird eine entsprechende Handhabung von der Fachabteilung Raumordnung nachhaltig unterstützt.

- **Straßenverkehr (2.2)**

Stellungnahme der Fachabteilung Regionalpolitik und Raumordnung

Es wurde angeregt, die B 47 zwischen Bensheim und der Kreisgrenze als bedeutende Verkehrsachse aufzunehmen und durch Mehrzweckfahr- und Überholspuren so auszubauen, dass insbesondere in den Steigungsstrecken (Bensheim - Lautertal - Lindenfels) punktuell Ausweichspuren für den langsameren Schwerverkehr und die landwirtschaftlichen Fahrzeuge vorhanden wären. Nach Auffassung der Fachabteilung würde diese Ausbaumaßnahme einen erheblichen Beitrag zum Umweltschutz und zum besseren Verkehrsfluss der stark befahrenen B 47 in diesem Bereich leisten.

- **Hochwasserschutz (6.3)**

Stellungnahme des Gewässerbandes Bergstraße und der Fachabteilung Regionalpolitik und Raumordnung

Zur Anregung auch in den Mittelgebirgen nach dem Vorbild der Hochwasservorsorge im Bereich des Rheins entsprechende Festlegungen im Odenwald auszuweisen ergeht folgende fachliche Information:

Die jetzt im RPS (Entwurf 2007) vorliegenden Grundsätze und Ziele der Hochwasservorsorge im Oberrheingraben, so auch im Bereich des hessischen Rieds, entsprechen den gutachterlichen Ergebnissen zu den dargestellten Überflutungs- und Risikoflächen entlang des Rheins. Um die entsprechenden Risikobereiche auch im Odenwald aufzunehmen, sind bereits im Entwurf des RPS Bereiche des Weschnitztals, Ulfenbachtals und des Steinachtals die Verordnungsbereiche entsprechend dem Hess. Retentionskataster, als Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen (100-jähriges Überflutungsgebiet) festgelegt. Darüber hinaus sind entlang der Nebengewässer im Odenwald Vorbehaltsgebiete dargestellt.

- **Rohstoffgewinnung (9.2)**

Rohstoffe und Rohstoffgewinnung haben volkswirtschaftliche Bedeutung. Hessen steht mit einer Jahresförderung von über 30 Mio. T nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg an vierter Stelle bei der Gewinnung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe in der Bundesrepublik. Mineralische Rohstoffe, wie z. B. Splitt, Sand oder Gips, spielen in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens eine Rolle. Sie finden als Grundrohstoffe, Zusatz-, Begleit- und Wirkstoffe in zahlreichen Industriebranchen Verwendung, mengenmäßig zu > 90 % in der Bauindustrie, untergeordnet auch in der chemischen und metallverarbeitenden Industrie sowie in der Forst- und Landwirtschaft. In den ca. 400 Gewinnungsstellen in Hessen, die zu ca. 50 % unter Bergrecht stehen, wurden nach Angaben der Industrieverbände, Erhebungen des HLOG und amtlicher Statistik in den letzten 3-4 Jahren jährlich überwiegend im Oberrheintal zwischen 6,5 und 10,5 Mio. t Sande und Kiese abgebaut.

Die Rohstoffwirtschaft ist in Hessen ebenso wie in anderen Bundesländern ausgesprochen klein- und mittelständisch strukturiert. Verbrauchernahe Verfügbarkeit von Massenrohstoffen für eine gute Versorgung mit Grundstoffen ist ein bedeutender Standortfaktor (Beschäftigungssituation, Sicherung der Wirtschaftsstrukturen etc.). Die Sicherung von Lagerstätten mineralischer Rohstoffe für ihren zukünftigen Abbau hat somit auch wirtschaftsstrategische Bedeutung und liegt daher im öffentlichen Interesse.

Auch die planungsrechtliche Festlegung von Lagerstätten, die in dem künftigen Regionalplan Südhessen als Vorbehaltsgebiete oberflächennaher Lagerstätten ausgewiesen werden, ist die mittel- bis langfristige Voraussetzung zur wirtschaftsraumnahen Versorgung der heimischen Industrie mit mineralischen Rohstoffen und Energierohstoffen. Regionalplanerisches Ziel ist daher nicht der Abbau im Geltungszeitraum des Regionalplanes, sondern vielmehr der Lagerstättenschutz im Sinne einer langfristigen Bevorratung. Vor dem Hintergrund konkurrierender Nutzungen, der Flächenversiegelung und der Einbeziehung der Natura 2000-Gebietsvorschläge nehmen die Flächen für die Rohstoffgewinnung, aufgrund der volkswirtschaftlichen Bedeutung, eine herausgehobene Stellung ein. Der RPS Entwurf 2007 hat in diesem Sinne eine langfristig gesicherten Rohstoffversorgung mit dem durchaus großzügigen Ausweisungsangebot an Lagerstätten im hessischen Ried angestrebt.